

Links & aktuell

DIE LINKE.Stadtverband Magdeburg

Ausgabe 18

12. Oktober 2012

Der Stadtvorstand hat auf seiner Sitzung am 6. August 2012 eine Gesamtmitgliederversammlung zur Aufstellung der/des Direktkandidatin/en für die Wahl zum Deutschen Bundestag für den 24. November 2012 nach Magdeburg einberufen.

Einladungen werden gesondert an alle Mitglieder verschickt.

Uns in Nord hat emnid nicht zur Rente befragt

Hätten emnid-Befrager in der Runde des Ortsverbandes Nord der LINKEN in Magdeburg am vergangenen Sonnabend gegessen, wäre das Ergebnis negativ für die Absenkung auf 43 % bezüglich der Einkommensanrechnung für die Rente gewesen. Und die Mehrheit hätte nicht für eine Ausweitung der privaten Vorsorge gesprochen. Wir hätten für die Einbeziehung aller Einkommen in die Gesetzliche Rentenversicherung als solidarische Versicherung geworben. Und das, weil den Teilnehmer_innen zum einen bekannt war, dass die Bundeskanzlerin auf dem Seniorrentag 2009 kurz vor der letzten Bundestagswahl die Angleichung der Renten Ost an West zugesagt hatte und Analoges auch im derzeitigen Koalitionsvertrag von CDU und FDP steht.

Zum anderen hatten sie den Vorschlag der LINKEN zu einer solidarischen Rentenversicherung für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter vom 19. September diesen Jahres im Blick. Durch den sachkundigen Gast Martina Bunge, Abgeordnete des Deutschen Bundestags und Verantwortliche für die Probleme der Rentenüberleitung Ost, wurde an Beispielen und Fak-

ten die derzeitige Situation von Rentner_innen und die Folgen aus den Veränderungen bei der Gesetzgebung dargestellt. Sie sprach auch zu den Gründen, weswegen die LINKE-Bundestagsfraktion zum wiederholten Male mehrere Anträge zur Berücksichtigung einzelner Berufsgruppen im Rentenrecht eingebracht hat. Sie wurden leider allesamt abgelehnt. Die Volksstimme-Serie zur Rente bzw. zur erwarteten Rente hat den Leser_innen ja aufgezeigt, wie sich unter Berücksichtigung der tatsächlichen Lebenssituation von Frauen und Männern die Rentenhöhe entwickeln wird. Altersarmut wird vorprogrammiert. Alimentierung auf niedrigem Niveau wird die Folge sein. Die Einkommensschere zwischen Ost und West wegen unterschiedlicher Berücksichtigung der Lebensleistung von Männern und Frauen wird weiter aufklaffen. Der soziale Frieden im Land wird gestört, Zwietracht gesät. Das kann für das einige Deutschland nicht gut sein. Die Teilnehmenden waren sich einig, das Rententhema geht alle etwas an – Lehrlinge und Studenten ebenso wie jene in Arbeitsverhältnissen, Arbeitslose, Leiharbeiter, Klein- und Mittelunternehmer

und auch die Rentner selbst.

Das Konzept der LINKEN will die Absenkung des Rentenniveaus stoppen, eine Mindestrente ohne Zugangsschranken einführen, die Rente mit 67 abschaffen und fordert die Herstellung der Renteneinheit. Auf die Frage, ist eine solidarische armutsfeste Rente bezahlbar, antwortete Martina Bunge mit ja und zählt einige Bedingungen auf. So muss das Umlageverfahren beibehalten, der schleichende Ausstieg der Arbeitgeberseite aus der Altersvorsorge gestoppt und die Mindestsicherung im Alter als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt und auch durch Steuern finanziert werden. Das Thema ist nicht einfach, aber Sozialverbände, Gewerkschaften und auch die anderen Parteien beschäftigen

weiter auf Seite 6

Aus dem Inhalt:

- Termine
- Zusammenhalt im OV Stadtfeld gefestigt
- Aktuelle Debatte zum Verfassungsschutz: Welche Verbindungen hatte der „Nationalsozialistischer Untergrund“ nach Sachsen-Anhalt?
- Gesetzlicher Mindestlohn bleibt auf der Tagesordnung



Am 12.10.

Hanna Sambleben zum 73.

Am 13.10.

Ursula Kozik zum 90.

Günter Focke zum 84.

Timo Brunck zum 23.

Am 15.10.

Uta Gutsche zum 55.

Am 17.10.

Robert Gundermann zum 83.

Marianne Strauch zum 78.

Katharina Zawodny zum 65.

Bärbel Gartner zum 53.

Am 18.10.

Jürgen Clausen zum 79.

Gerd-Eckhardt Schuster zum 75.

Regina Käppner zum 61.

Am 19.10.

Jürgen Hildebrand zum 66.

Am 21.10.

Hans-Joachim Küstner zum 82.

Am 23.10.

Bernd Knabe zum 53.

Am 25.10.

Angelika Gustloff zum 58.

Der Stadtvorstand gratuliert allen Genossinnen und Genossen recht herzlich zum Geburtstag.

Termine

22.10.2012

18.30 Uhr

Stadtvorstand

Ebendorfer Straße 3

24.10.2012

15.00 Uhr

BO-Vorsitzendenberatung

Ebendorfer Straße 3

25.10.2012

16.30 Uhr

BO Semmelweisstr.

Gartenlokal „Mein Heim“

29.10.2012

17.00 Uhr

Mitgliederversammlung

BO Kannenstieg/Milchweg

Bürgerhaus

J.-R.-Becher-Str.

Danke

Ich möchte mich bei den über 120 GenossInnen, SympathisantInnen und Freunden bedanken, die mir anlässlich meines 80. Geburtstages persönlich gratuliert haben. Mein besonderer Dank gilt Rosi Hein, Birke Bull, Torsten und Cathleen Hans, dem Ortsverband und der BO Stadtfeld, der Wohngruppe der Volkssolidarität, Sepp Landa, Wolfgang Koroske, Dietlinde Brückner und Hans-Dieter Lamberts aus St. Andreasberg. Waltraud Kögler

1. Regionalkonferenz des Landesvorstandes fand in Magdeburg statt!

Auf der von Genossinnen und Genossen gut besuchten Regionalkonferenz in Magdeburg stellte der Landesvorstand seine Entwürfe für einen neuen Leitantrag und ein neu erarbeitetes Konzept für die künftige Mitglieder- und Personalentwicklung vor. Zu beiden Entwürfen gab es eine konstruktive Debatte, die dem Landesvorstand sicher helfen und bestärken wird, die Sorgen und Bedenken unserer Mitglieder zu berücksichtigen. Unsere Landesvorsitzende Birke Bull stimmte die GenossInnen auf den Bundestagswahlkampf 2013 ein. Es gelte, mit guten und starken Kandidatinnen bzw. Kandidaten unsere direkt gewonnen Wahlkreise u.a. Magdeburg-Schönebeck zu verteidigen.

Weiterhin erklärte Oliver Müller, als Kandidat für die Bundestagswahl antreten zu wollen. Er fordert damit Rosemarie Hein heraus, die bereits im Juli diesen Jahres ihre Bereitschaft erklärt hatte, das 2009 von ihr gewonnene Direktmandat verteidigen zu wollen. René Hempel

Nachruf

Wir trauern um unseren Genossen und langjährigen Basisvorsitzenden

Manfred Urbach

geboren 17.10.1940
verstorben 24.09.2012

Wir verneigen uns und danken ihm für seine Klarheit, Stärke und Treue.

„Manne, du wirst uns fehlen!“

Die Mitglieder der Basisorganisation „Kannenstieg“, des Ortsvorstandes Nord und des Stadtvorstandes DIE LINKE. Magdeburg

*Trauerfeier am 26.10.2012,
11 Uhr, Neustädter Friedhof*

Nachruf

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß unser Genosse

Ralf Kersten

im 85. Lebensjahr am 23. September 2012 verschieden ist.

Mit ihm verlieren wir ein bescheidenes, zuverlässiges und kritisches langjähriges Mitglied unserer Partei.

Wir versprechen seiner Familie, daß wir sein Andenken in Ehren bewahren werden.

Die Mitglieder des Ortsverbandes „Karl Liebknecht“
Der Stadtvorstand

Wo bleibt die linke Kritik an der DDR?

16. Oktober 2012 17.00 Uhr

Wahlkreisbüro Wulf Gallert und Eva von Angern, Arnold-Zweig-Straße 2a

Wo bleibt die linke Kritik an der DDR? Diese Frage richtet sich nicht nur aber insbesondere an die Mitglieder der Partei DIE LINKE. Zwar gibt es eine Reihe von Beschlüssen und auch im Parteiprogramm der LINKEN ist eine sehr deutliche Kritik an der DDR aus der linken Perspektive enthalten. Andererseits wird die Auseinandersetzung mit der DDR im gesellschaftlichen Mainstream mit dem Ziel der möglichst radikalen Verurteilung vollzogen und ist mit einer weitgehenden Apologetik jetziger gesellschaftlicher Verhältnisse verbunden.

In diesem Kontext sehen LINKE oftmals die Notwendigkeit, im Interesse einer Versachlichung und Differenzierung, die DDR zu verteidigen. Natürlich geht es dabei auch um die Verteidigung von Biografien und Lebensleistungen. Diese konservative Hegemonie verzerrt jedoch das Geschichtsbild der DDR. Dabei gehen die linken und emanzipatorischen Potenziale einer DDR-Kritik für die aktuelle gesellschaftliche Debatte verloren. Gleichzeitig benutzen Konservative die Auseinandersetzungen mit der DDR zur Legitimation eigener politischer Konzepte, obwohl eine sachgemäße Analyse der DDR viel mehr zu einer radikalen Kritik dieser führen müsste. Die Veranstaltung soll dazu dienen, dieses Phänomen zu analysieren und linke Perspektiven beim Umgang mit dem DDR-Geschichtsbild aufzuzeigen.

Als Gäste sind eingeladen: Florian Havemann (Schriftsteller), Sascha Möbius (Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn), Hans-Jochen Tschiche (Bürgerrechtler und Vorsitzender des Vereins Miteinander)

Gastgeber: Wulf Gallert und Eva von Angern.

Eine Veranstaltung des Wahlkreisbüros Wulf Gallert und Eva von Angern in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt.

Zusammenhalt im OV Stadtfeld gefestigt

Dank einer gründlich durch die Genossin Karin Kruse arbeiteten Mitgliederübersicht hat der Ortsverband Stadtfeld die Betreuung von Genossinnen und Genossen ausgedehnt, die vor allem aus Alters- und auch Gesundheitsrücksichten nicht mehr am Mitgliederleben teilnehmen. Die Übersicht enthält vor allem Daten, die Auskunft über runde Geburtstage und Adressen geben. So mussten wir feststellen, dass mehrere Genossinnen seit mehreren Jahren wegen Ausscheidens von Zustellern das Links&Aktuell nicht mehr erhalten.

Dies hat sich seit der Gratulation zu den Geburtstagen, verbunden mit den vorgesehenen Präsenten, geändert.

Alle Jubilare waren erfreut, dass ihnen zum runden Geburtstag gratuliert wurde. Ein etwa halbstündiges Gespräch rundete die Begegnung ab. Das Links&Aktuell erhalten die Genossinnen und Genossen ab sofort. Einladungen zu den Mitgliederversammlungen, soweit die Gesundheit die Teilnahme zulässt, werden zukünftig ausgesprochen.

D. Leusche

Vorsitzender OV Stadtfeld.

ECHO und RICHTIGSTELLUNG zum Artikel von Dieter Leusche in der Ausgabe vom 07.09.12, S. 3

Mit großer Verwunderung haben die Mitglieder des Fraktionsvorstandes der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei im Stadtrat der LH Magdeburg den letzten Teil dieses Artikels zur Kenntnis nehmen müssen.

In dem wird u.a. ausgeführt, dass „das Klima in der Stadtratsfraktion vergiftet“ sei und dies an den „Umständen, die zur Neubesetzung des Vorsitzenden und der Abwahl des bisherigen Ausschussvorsitzenden Kommunales führten,“ festgemacht. Dies bedarf in mehrerlei Hinsicht einer Richtigstellung! So hat unsere Fraktion zu keinem Zeitpunkt weder den Vorsitzenden des Ausschusses für Kommunales, Bürger und Rechtsangelegenheit (KRB) gestellt noch

abgewählt. Hierfür hat in der aktuellen Wahlperiode seit Juli 2009 allein die Fraktion der Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Zugriffsrecht.

Unsere Fraktion war bis Mai 2012 durch Stadträtin Helga Boeck (Mitglied in einem Ausschuss, nämlich dem KRB) und Stadtrat Torsten Hans (Mitglied in vier Ausschüssen: KRB, Jugendhilfe, Themat. Unterausschuss, Familie und Gleichstellung sowie Mitglied der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft) als Ausschussmitglieder ohne weitere dortige Funktion im KRB-Ausschuss vertreten. Der erfreuliche Umstand der Verstärkung unserer Fraktion durch einen Stadtrat mit Mandat der Tierschutzpartei, Herrn Stadtrat Josef Fassl, von Beruf Rechtsanwalt, machte eine Ausschussneu- bzw. -umbesetzung notwendig. Dazu haben die Fraktionsmitglieder mehrheitlich und demokratisch entschieden, anstelle von Stadtrat Torsten Hans die Fraktion künftig durch Stadtrat Fassl – einziger vollausgebildeter Rechtsanwalt in unserer Fraktion – im Rechtsausschuss vertreten zu lassen, da er hierbei sein Fachwissen und seine Erfahrungen der Fraktion am Besten zur Verfügung stellen kann.

Karin Meinecke

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Nachruf

Wir erhielten die Nachricht vom Ableben unserer Genossin

Erika Böttcher

geb. 23. April 1931

Mit ihr verlieren wir eine bescheidene, liebevolle Mitstreiterin die immer für ihre Familie und den Einsatz für die Ziele unserer Partei bereit war.

Wir sind Genossin Böttcher dankbar und herzlich verbunden für ihre Hilfe und ihre Haltung.

Die Mitglieder des Ortsverbandes „Karl Liebknecht“
Der Stadtvorstand

Ergänzende Bemerkungen zum Beitrag von Karin Meinecke

Karin Meinecke äußert sich in dieser Ausgabe von Links & aktuell zu einem Artikel von Dieter Leusche, der u. a. auch das Klima in der Stadtratsfraktion thematisiert. Karin Meinecke verweist darauf, dass es sich nicht um eine Neubesetzung des Vorsitzes im Ausschuss für Kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten handelt sondern lediglich um eine Neubesetzung eines normalen Ausschusssitzes. Das ist soweit richtig.

Daraus aber ableiten zu wollen, die Grundaussage im Artikel von Dieter Leusche wäre nicht korrekt, ist falsch. Vielmehr ist die von Karin Meinecke in ihrem Artikel suggerierte Darstellung, es hätte sich bei der Neubesetzung um einen ganz normalen Vorgang gehandelt, meiner Ansicht nach nicht haltbar.

Die Umstände des ganzen Vorganges sprechen eine andere Sprache, so wurden grundlegende Regularien im Verfahren der Neubesetzung nicht eingehalten, das wäre aber notwendig gewesen, um von einer demokratischen Entscheidung sprechen zu können. Darüber hinaus wäre eine Neubesetzung des Ausschusses für Kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten auch nicht notwendig gewesen, denn es gab, wie Karin Meinecke auch weiß, alternative Möglichkeiten.

Auch zu diesen Vorgängen bedarf es eines Gesprächs zwischen Stadtvorstand und Stadtratsfraktion, zu dem der Stadtvorstand eingeladen. Nur gemeinsam können wir in Magdeburg eine starke LINKE formieren, die die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner vertritt.

Torsten Hans

Stadtvorsitzender

Aktuelle Debatte zum Verfassungsschutz: Welche Verbindungen hatte der „Nationalsozialistischer Untergrund“ nach Sachsen-Anhalt?

Die Debatte um die Arbeit des Verfassungsschutzes in Verbindung mit der Aufklärung der Verbrechen des NSU ist nun auch in Sachsen-Anhalt angekommen. Grundlegend geht es dabei um die Frage, welchen Auftrag Verfassungsschutzbehörden in der Demokratie haben und wie sie ihm gerecht geworden sind oder eben nicht. Und letztlich stellt nicht nur DIE LINKE in Deutschland die Frage, ob unsere Gesellschaft, unsere Demokratie überhaupt eine Behörde Verfassungsschutz benötigt. Immer deutlicher wird, dass die Behörden, dass letztlich der demokratische Staat versagt hat in der Erledigung der Aufgabe, Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger vor braunem Terror zu schützen. Es geht um die Frage, ob die Dienste nichts wussten oder ob sie ihr Wissen wegen verantwortungsloser Schlampereien nicht nutzen konnten oder aus anderen Gründen bewusst nicht nutzen wollten. Es geht damit auch um von der Verfassungsschutzbehörde geführte V-Leute, um deren Auswahl, deren Finanzierung und damit ggf. auch Finanzierung rechtsextremer Strukturen. Es geht auch um das Infragestellen des von Geheimdiensten gelebten Grundsatzes „Quellenschutz vor Strafverfolgung“, denn dieser Grundsatz gefährdet Menschenleben!

Die Lage ist zwischenzeitlich so ernst, dass nur noch durch die uneingeschränkte, die schonungslose und entschlossene Aufklärung durch die Parlamente auf Landes- und Bundesebene versucht werden kann, Vertrauen wiederherzustellen. Und: Parlamente müssen die Ursachen des Versagens des Staates im Kampf gegen den braunen Terror rückhaltlos aufklären, um etwa als Gesetzgeber oder als Inhaber der Budgethoheit oder eben als Kontrolleure der Landesregierung UNSERER Verantwor-

tung gerecht zu werden.

Für einige stellen die Anstrengungen von Abgeordneten, Licht in dieses diffuse Agieren der Sicherheitsbehörden, die eigentliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. (Siehe Veröffentlichungen in der Volksstimme, u.a. Zitate des Innenministers Stahlknecht hierzu) Nach deren Logik müssten die LINKEN nur ihre Mitwirkung an den Kontrollgremien des Bundes und Sachsen-Anhalts einstellen, müssten Kontrollkommissionen und Untersuchungsausschüsse vielleicht ganz abgeschafft werden, und alles wäre gut. Das alles sind Nebelkerzen, die von den eigentlichen Problemen ablenken sollen.

Tatsache ist, dass Nazis über 13 Jahre hinweg Menschen ermorden konnten. Dies geschah unter den Augen der Geheimdienste. Bzw. sie haben es wahrgenommen, aber nicht verhindert und nicht beendet. Stattdessen wurden die Täter von Medien, Polizei, Behörden und Politik reflexartig und in der Bedienung gängiger Stigma und Ressentiments im sogenannten mirgantischen Milieu, Mafiastrukturen etc. vermutet.

Es sind Verbrechen, die uns nachhaltig erschüttert haben und gerade aufgrund unseres historischen Erbes auch international Erschütterung verursacht haben. Die von der Bundeskanzlerin den Opfern versprochene Aufklärung ist zwingend erforderlich und lässt keinen Ermessensspielraum zu.

DIE LINKE verlangt deshalb die sofortige, vollständige und vor allem öffentliche Aufklärung - das heißt: außerhalb der „verschlossenen Räume der PKK“ - über alle Beziehungen von gewaltbereiten Neonazis aus Sachsen-Anhalt zum Thüringer Heimatschutz und zu Mitgliedern des NSU. Deshalb bleibt die Fraktion DIE LINKE bei ihrer Forderung, alle Akten, die über die Verbindung der NSU-Mitglieder nach Sachsen-Anhalt Auskunft geben, dem Innenausschuss des Landtages vorzulegen. Es geht um die Klärung der Frage, wie weit in den Staat hinein die Mitverantwortung für den NSU-Terror reicht.

Wir brauchen dringend andere Antworten auf den rechtsextremen

Ungeist in unserer Gesellschaft. Parlamentarische Kontrollgremien können dieses grundsätzliche Problem nicht lösen. Denn es ist letztendlich im System angelegt, dass Parlamenten die Kontrolle eines nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes im Sinne von Grundrechtsschutz und Demokratie weitestgehend nicht möglich ist. Nach wie vor fordert DIE LINKE daher die Abschaffung der Verfassungsschutzämter. Wir brauchen keine V-Leute. Wir brauchen keine Überwachung des Fernmelde- und Postverkehrs und immer wieder gewünscht des Internets. Information und Dokumentation der rechtsextremen Szene geht auch auf andere Weise; ist auf wissenschaftlicher Basis möglich und sollte vor allem zum Ziel haben, Handlungsempfehlungen für politische Verantwortungsträger gegen rechtsextremen Zeitgeist zu entwickeln.

Eva von Angern

Rechtspolitische Sprecherin

Gesetzlicher Mindestlohn bleibt auf der Tagesordnung

Der Kampf um den gesetzlichen Mindestlohn als ein Mittel, für existenzsichernde Einkommen zu sorgen, die ein Leben in Würde ermöglichen, bleibt einer der Schwerpunkte für Partei und Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt. Auch deshalb haben wir einen eigenen Gesetzentwurf zum Vergabegesetz vorgelegt, da entgegen der Versprechen der SPD im Wahlkampf dieses Thema - wie zu erwarten war - in der CDU/SPD-Koalition keine Rolle spielt. Deshalb haben wir uns als Fraktion nach unserer Klausurtagung entschlossen, der SPD ein Angebot zu machen: Wir verzichten auf alle weitergehenden Forderungen in unserem Vergabegesetz und stimmen dem Regierungsentwurf zu, wenn in diesem verankert wird, dass für alle öffentlichen Aufträge ein Mindestlohn von 8,50 Euro gilt. Dies entspricht der Wahlkampf-Forderung der SPD und auch der

Position der GRÜNEN. Somit hätten wir eine komfortable Mehrheit für ein solches Vergabegesetz. Obwohl die Abstimmung dazu noch aussteht, hat die SPD jedoch klar signalisiert, dass ihr die Koalitionstreue zur CDU wichtiger ist, als der Kampf gegen den Niedriglohnsektor und dass sie dieses Angebot ablehnen wird. Wir haben das Thema jedoch nicht ruhen lassen und stellten dann auf der letzten Landtagssitzung einen Antrag zur Unterstützung der Thüringer Mindestlohn-Initiative, übrigens ein Vorschlag der CDU/SPD-Regierung aus Thüringen. In diesem Gesetzentwurf ist zwar kein gesetzlicher Mindestlohn der Höhe nach verankert, aber er zielt darauf ab, einen einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Die Höhe soll dann von einer Kommission aus Gewerkschaftern und Arbeitgebern festgesetzt werden. Allerdings sind in der Begründung des Gesetzentwurfes Vorschläge als Orientierung enthalten, die einen Stundenlohn von mindestens 8,50 Euro ergeben würden. Wir haben den Antrag zur Unterstützung gestellt, obwohl wir als Partei weitergehende Forderungen haben und auf einen Mindest-Stundenlohn orientieren, der in naher Zukunft 10 Euro erreicht. Trotzdem schätzen wir ein, dass diese Thüringer Initiative im Bundesrat einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet. Allerdings zeigte sich auch hier wieder, dass der Kampf um einen gesetzlichen Mindestlohn in Sachsen-Anhalt nur gegen die CDU gewonnen werden kann. Obwohl diese Initiative von der CDU-Ministerpräsidentin Lieberknecht aus Thüringen gestartet wurde, verweigert die CDU hier im Land - insbesondere Ministerpräsident Haseloff - dafür ihre Unterstützung und formuliert, wenn überhaupt, nur sehr zweifelhafte Gründe für eine Ablehnung. Sie verstecken sich dabei hinter der Tarifautonomie, die in diesem Land deshalb nicht mehr funktioniert, weil durch die Agenda 2010 die Gewerkschaften so massiv geschwächt wurden, dass sie oftmals nicht mehr in der Lage sind, vernünftige Tarife auszuhandeln. Ganz offensichtlich will die CDU die Nied-

riglohn-Realität im Land erhalten, und die SPD ist hier in Sachsen-Anhalt, anders als in Thüringen, nicht in der Lage, ihren CDU-Koalitionspartner zur Raison zu bringen.

Aber die vielen Menschen in diesem Land, die vom Niedriglohn betroffen sind, haben ein Recht darauf, dass sich ihre Situation endlich bessert und dass die Politik aktiv wird. Deshalb haben Birke Bull als Landesvorsitzende und ich an die Mitglieder des Bündnisses „Mindestlohn“, vor allem den Gewerkschaften, einen Brief geschrieben, in dem wir anregen, dieses Bündnis neu zu beleben.

Dabei geht es uns darum, gesellschaftlichen Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn zu erzeugen, ohne den es weder in Sachsen-Anhalt noch in Berlin wirkliche Fortschritte geben wird. Denn auch die SPD hat sich für den bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn immer nur dann eingesetzt, wenn sie selbst in der Opposition war.

Man kann aber auch im Land die Dinge neu voranbringen. So gibt es jetzt in Bremen ein Mindestlohnsgesetz, in dem geregelt wird, dass überall dort, wo öffentliches Geld eine Rolle spielt (z. B. Eingliederungshilfe) oder öffentliches Eigentum vorhanden ist, ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt werden muss. Diese Regelung würde übrigens sehr viel mehr Menschen zu Gute kommen, als das mit einem Vergabegesetz je möglich wäre.

Wenn es uns gelingt, die breite Zustimmung zum gesetzlichen Mindestlohn in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts zusammen mit anderen politisch zu aktivieren, kann man auch über eine Volksinitiative für solch ein Mindestlohnsgesetz, wie es das in Bremen bereits gibt, für Sachsen-Anhalt nachdenken.

Landtag von Sachsen-Anhalt
Fraktion DIE LINKE

Wulf Gallert

sich zurzeit damit. Dabei sollten wir sie nicht allein lassen, auch mit Blick auf die nächsten Wahlen für den Deutschen Bundestag.

Die Mitglieder des Ortsverbandes Magdeburg-Nord der LINKEN wollen im November im Stadtteil zum Rententhema aktiv werden und über die Vorschläge ihrer Partei in der Öffentlichkeit informieren. Bereits am 29.09.2012 hatte unser Ortsverband den bundesweiten Aktionstag des Bündnisses „UMfairTEILEN – Reichtum besteuern“ unterstützt und war mit Informationsständen und dem Sammeln von Unterschriften in der Alten Neustadt, Neuen Neustadt, dem Neustädter Feld, Kannenstieg, Neustädter See und in der Curiesiedlung unterwegs.

Als Gäste wurden während der Mitgliedervollversammlung am 6. Oktober auch Mitglieder des Jugendverbandes und des Studierendenverbandes begrüßt. Ein gemeinsam geplanter Tagesordnungspunkt führte zum Gedankenaustausch. Den Einstieg brachte ein mitreißendes Video zur kreativen Jugendaktion anlässlich des Bundesaktionstages des Bündnisses „UMfairTEILEN“ an Golschmiedebrücke in Magdeburg. In gemeinsamen Aktionen und im Ausbau eines Gedankenaustausches, der auch den Alltag der Generationen beleuchtet, sahen die jüngeren und älteren Diskutanten u.a. die Möglichkeit das Verständnis füreinander und ihr Zusammenwirken zu entwickeln. Regina Frömert/Joachim Spaeth

Wirtschaft in Sachsen-Anhalt: FRAUENPOWER

Passend bei wunderschönem spätsommerlichem Ambiente trafen am 10.09.2012 zahlreiche Gäste zur juEx-Halbzeitveranstaltung im Moritzhof in Magdeburg auf eine bunte Markt-Kulisse, welche von den Teilnehmerinnen des JUEx-Projektes gestaltet wurde.

Junge Existenzgründerinnen in Sachsen-Anhalt ist ein Projekt des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt

e.V., gefördert aus Mitteln des ESF und des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, welches nun schon in zweiter Auflage in Arbeit ist. Und dies nicht ohne guten Grund. Während das in erster Auflage sehr erfolgreich abgewickelte Projekt, 30 Teilnehmerinnen aus Bereich Gesundheit und Soziales förderte, wird in der zweiten Staffel auch jungen Existenzgründerinnen aus dem Bereich Handwerk Hilfe angeboten. Die Projektmitarbeiterinnen von juEx, Hanna Köhler und Bianca Röthig, können mit Stolz gemeinsam mit ihren 30 Schützlingen und vielen Kooperationspartnern, nach einem Jahr das Bergfest ihres Projektes festlich begehen.

Durch Intensivworkshops und Einzelcoaching wird es Frauen, deren Existenzgründung nicht länger als vor 36 Monate zurück liegt, ermöglicht, sich in der Neugründungsphase zu qualifizieren, um praktische und bürokratische Hürden zu überwinden sowie auch um Selbstbewusstsein aufbauen zu können, um so in unserer Wirtschaft einen festen Stand erreichen können. Dabei sind die Professionen der Teilnehmerinnen unterschiedlichster Art, von kreativer Arbeit über den Gesundheitsbereich bis hin zum Dienstleistungssektor. Neben Angeboten, welche ausschließlich für Teilnehmerinnen von JUEx gestaltet werden, wie z.B. Unternehmerinnenpersönlichkeit, Zeitmanagement, Marketing und Selbstpräsentationen, um nur einige zu nennen, finden auch Veranstaltungen für InteressentInnen aus dem inzwischen beträchtlich großen Netzwerken von und für Frauen Sachsen-Anhalt-weit statt.

Der große Erfolg dieses Projektes rechtfertigt seine Existenz und macht vielen Frauen Mut den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und trägt so entscheidend zur wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt bei. Großen Anteil an diesen Erfolg trägt natürlich die Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperationspartnern, daher möchte ich es auch nicht versäumen, diese hier zu benennen: ego.-Piloten, die

Handwerkskammer Magdeburg und Halle, Wirtschaftsförderer Stadt Magdeburg sowie Staßfurt, Beauftragte für Chancengleichheit der ARGE, MLU Halle, Hochschule Magdeburg - Stendal, ego.-Business sowie auch die Mitgliedsverbände des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt.

Bei der Halbzeitveranstaltung konnte man nicht nur zahlreiche Produkte der jungen Existenzgründerinnen bewundern. UnterstützerInnen dieses Projektes, wie z.B. Christine Arendt, Referatsleiterin Existenzgründung im Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft, und Burghard Grupe, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Magdeburg hatten Gelegenheit sich in einer Podiumsdiskussion mit 3 Jungunternehmerinnen über die Entwicklung und Fortschritte auszutauschen.

Ein erfolgreiches Projekt zur Unterstützung der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt mit dem ganz besonderen Fokus: Frauen als Unternehmerinnen.

Wer sich noch weiter informieren möchte, sei auf diese Homepage hingewiesen: <http://www.juex-lfr.de/>
Eva von Angern
Vorsitzende des Landesfrauenrates e.V.

Herausgeber: DIE LINKE.Magdeburg
Stadtvorstand, V.i.S.d.P.: Torsten Hans, 39108 Magdeburg, Ebendorfer Straße 3

Redaktionsschluss für die Ausgabe Nr. 19 von Links&aktuell ist der 19.10.2012.

Beiträge können zu den Sprechzeiten des Stadtvorstandes abgegeben werden. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht die Meinung des Stadtvorstandes wieder.

Oder per Mail:
linksundaktuell@dielinke-magdeburg.de

Der Stadtvorstand ist unter folgender E-Mail Adresse erreichbar:
stadtvorstand@dielinke-magdeburg.de

Die Ausgabe 19 erscheint am 26. Oktober 2012.